66. Jahrgang. № 326 Freitag, 14. Juli 1922

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Lobeck's Dreiring-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. * 16 mal prämiiert.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung monatl. 38 M., oder durch die Post bei tägl. zweimaligem Versand monatl. 35 M. | Anzeigen-Preise. Die 1spalt. 32 mm breite Zeile 9 M., außerh. Sachsens 11 M. Familienanzeigen, Anzeigen unt. Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spalt. An- u. Verkäufe 35% Nachlaß. Vorzugsplätze lt. Tarif. Ausw. Aufträge geg. Vorausbezahl. — Einzelnummer 2 M., Sonntagsnumm. 2,50 M.
Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Bücher • Bibliotheken
Kupferstiche, Handzeichnungen, auch große Objekte, kauft
Buchhandlung v. Zahn & Jaensch
Waisenhausstraße 10, neben dem Central-Theater

Etablissement I. Ranges — Original amerik. Bar
erstklassige warme und kalte Küche
Excelsior Diele
Seestraße 7
Konzerte Josha Lokatos, ungar. Kapellenstr. u. Cymbalvirtuos
zum 5-Uhr-Tee und abends

Senkingherde
ESCH - Dauerbrandöfen
Alleinverkauf:
Chr. Garms Inhaber: W. Eckardt Gr. Zwingerstr. 13
Fernspr. 16262 Nähe Postplatz
Fachgeschäft für transportable Herde und Öfen

Die Antwort der Reparationskommission.

Verlangte Zahlung der am 15. Juli fälligen Rate.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 13. Juli. Die Antwort der Reparationskommission auf das deutsche Memorandum ist heute abend überreicht worden. Sie ist eine kurze Note, in der die Zahlung der am 15 Juli fälligen Rate verlangt wird. In der Frage des Gesamtmoratoriums wird eine Antwort noch nicht gegeben, sondern darauf hingewiesen, daß eine solche erst möglich ist, sobald der Bericht der Garantiekommission vorliegt. Diese Note, die den Voraussagen von gestern abend bezüglich der Zahlung am 15. Juli nicht entspricht, zeigt, daß im Verlaufe der heutigen Verhandlung der französische Standpunkt in dieser Einzelfrage durchgedrungen ist. Insbesondere verlautet, daß der belgische Delegierte den französischen Standpunkt unterstützt hat.

Lloyd George für Zahlungsaufschub.

London, 13. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Lloyd George im Unterhaus zur deutschen Note, die britische Regierung sei der Ansicht, daß es absolut notwendig scheine, daß Deutschland ein solcher Zahlungsaufschub gewährt werde, damit es in die Lage komme, seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen und dadurch die Möglichkeit erlange, sobald wie möglich angemessene Reparationszahlungen zu leisten. Wedgewood fragte, ob diese Angelegenheit der Behandlung der Reparationskommission entzogen werde. Lloyd George erwiderte: Das habe ich durchaus nicht gesagt. Mennworthy fragte: Warum warten wir immer eine Katastrophe ab und unternehmen keine Schritte, um ihr zuvorzukommen? Wird der Ministerpräsident diese Warnung in Zukunft beherzigen? Es erfolgte keine Antwort. Wedgewood fragte weiter, ob der Premierminister eine persönliche Besprechung mit Poincaré über den Sturz der Mark und dessen Rückwirkung auf das Reparationsproblem aufschieben wolle, bis ein Abkommen zwischen der französischen und der britischen Regierung, betreffend Herabsetzung der Reparationszahlungen, erzielt sei. Lloyd George sagte: Ich bin der Ansicht, daß es unter den gegenwärtigen Umständen möglich ist, die Zusammenkunft aufzuschieben. (W. T. B.)

London, 13. Juli. Heute wurde ein amtlicher Bericht über den Empfang von Vertretern der englischen Fabrikantenunion bei Lloyd George veröffentlicht. Ueber das Reparationsproblem befragt, sagte Lloyd George dem Bericht zufolge, er sei durchaus der Meinung, daß es wünschenswert wäre, die Ausführung der Reparationsbestimmungen des Friedensvertrages durchzusetzen, aber unter der Voraussetzung, daß man dies tun werde, ohne sich selbst mehr zu schaden als Deutschland. Bevor das Garantiekomitee seinen Bericht erstattet habe, könne die Regierung keinen Entschluß fassen. Das Garantiekomitee werde zu erklären haben, ob Deutschland einen Bankrott nur vorspiegele, oder ob der Stand der Mark auf den tatsächlichen Zustand in Deutschland zu beziehen sei. Die Lage des deutschen Außenhandels sei nicht so rosig, wie dies einige Mitglieder des Komitees anzunehmen schienen. Rathenau habe den deutschen Außenhandel mit 25 Prozent des Vorkriegswertes geschätzt. Die Franzosen schätzten ihn auf 40 Prozent. Selbst angenommen, die französische Zahl sei richtig, könne Deutschland auf dieser Grundlage viel Kapital exportieren und mehr Nahrungsmittel ankaufen als vor dem Kriege? Lloyd George fügte hinzu, er sei froh, daß deutsche und nicht britische Staatsmänner sich diesem Problem gegenübersähen. (W. T. B.)

Das Gutachten des Garantiekomitees.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 13. Juli. Ueber den augenblicklichen Stand der Arbeiten des Garantiekomitees und den Inhalt des Gutachtens, welches das Komitee am Montag in Paris überreichen wird, werden uns von bestunterrichteter Seite folgende Angaben gemacht:

Die drei Kommissionen, die das Komitee gebildet hat, um die verschiedenen Fragen zu studieren, haben ihre Arbeiten abgeschlossen und ihre Berichte sind bereits fertiggestellt und dem Plenum des Komitees überreicht worden. Von den Berichten beansprucht besonderes Interesse der Bericht der Kommission, die sich mit der Frage der

Kapitalflucht

zu befassen hatte. Die Verhandlungen in dieser Frage sind mit der deutschen Regierung in der Weise geführt worden, daß die Kommission von der Reichsregierung einen Plan erhalten hat, wie sie die Kapitalflucht zu bekämpfen beabsichtigt und nach Entwicklung des Planes ihrerseits Bedenken und Vorschläge erhoben wurden.

Der zusammenfassende Bericht des Garantiekomitees wird besonders ein Gutachten über die Frage abzugeben haben, ob die deutsche Regierung guten Willen an dem

Problem der finanziellen Gesundung Deutschlands

gezeigt hat. Man kann bereits heute versichern, obwohl der zusammenfassende Bericht noch nicht revidiert ist, daß das Komitee in seiner Gesamtheit in dieser Frage den besten Willen der deutschen Regierung feststellen wird. Der Bericht wird alsdann die

Garantien

aufzählen, die für eine spätere Zahlungsfähigkeit Deutschlands gegeben erscheinen oder für die nach Meinung des Komitees Vorsorge zu treffen ist. Eine gutachtliche Aeußerung darüber, ob Deutschland ein

Moratorium

gewährt werden soll und wie die Einzelheiten dieses Moratoriums beschaffen sein sollen, wird das Garantiekomitee nicht abgeben, da diese Frage nicht zu seinem Arbeitsfelde gehört und das Gutachten sozusagen nur auf dem von der Reparationskommission bezeichneten Gebiete ad referendum gegeben wird. Man erwartet jedoch in den Kreisen des Garantiekomitees, daß das Gutachten, besonders weil es den besten Willen der deutschen Regierung feststellt, bei der Reparationskommission die Gewährung eines Moratoriums wesentlich fördern wird.

Am Sonntag begibt sich das Garantiekomitee zurück und wird erst am Montag das Gutachten überreichen.

Die Reparationsquälerei.

Die deutsche Note an die Reparationskommission entrollt mit dürren Worten ein Bild von der Zerrüttung der deutschen Finanzverhältnisse, das den ungeheuren Ernst der gegenwärtigen Lage gründlich zum Bewußtsein bringt. Wenn man die Zahlen, die in dem Schriftstück angeführt werden, bloß verstandesmäßig auf sich wirken läßt, so muß man den Kopf schütteln über den grenzenlosen Unverstand, der darin in die Erscheinung tritt, daß die geistigen Urheber des Versailler Gewaltdiktats glauben können, mit derartigen astronomischen Größen, deren Anwachsen bei der Valutanot unaufhaltsam ist, sei überhaupt in der praktischen Politik etwas anzufangen. Es kommt aber auch noch ein Gefühlsmoment bei der Sache in Frage, das sich ergibt, wenn man den Blick von den Zahlen und Sätzen der Note hinweg auf das wendet, was sich hinter den Kulissen abspielt. Da handelt es sich um das große deutsche Kulturvolk, das in heldenmütigem Ringen seine letzte Kraft verbraucht, um sich gegen den Mahlstrom der Reparationen zu behaupten, der es in seine unergründlichen Tiefen hinabzuziehen und zu verschlingen droht. Steigende materielle und kulturelle Verarmung und Verelendung weiter Schichten des deutschen Volkes ist die Folge, die sich mit den im Versailler Vertrage und im Londoner Ultimatum begründeten Fronlasten verknüpft und in ihrer weiteren Wirkung immer mehr dazu führt, daß dem deutschen Wirtschaftsorganismus der Boden unter den Füßen entschwindet, wenn nicht endlich bei der Entente die Einsicht reift, daß etwas wirklich Durchgreifendes und Nachhaltiges geschehen muß, um Deutschland und mit ihm Europa vor dem Chaos, vor einem allgemeinen Zusammenbruch zu retten, der auch die sich so hochmütig und unbarmherzig gebärdenden Siegerstaaten in empfindlichster Weise in Mitleidenschaft ziehen würde. Ueber diese Gefahr, die immer näher heranwittert, je länger die Hilfe verzögert wird, beginnen sich allmählich doch auch die Ententeländer klar zu werden. In Frankreich bricht sich die Erkenntnis der Wahrheit nur langsam und widerwillig Bahn, in England dagegen, wo man politische und wirtschaftliche Dinge mit mehr Objektivität und Großzügigkeit zu behandeln pflegt, nimmt die Presse kein Blatt vor den Mund, sondern spricht sich mit voller Offenheit aus, ohne dabei auf die Gefühle der Franzosen besondere Rücksicht zu nehmen. Ein führendes Londoner Blatt hat direkt den Ruf nach einem neuen Friedensvertrage erhoben, und ein anderes, das durch seine mannhafte Vertretung der Kennesschen Ideen bekannt geworden ist, der „Manchester Guardian", erklärt, die Auflösung Deutschlands würde die Auflösung Mitteleuropas bedeuten und entweder eine kommunistische oder noch wahrscheinlicher eine monarchistische Reaktion herbeiführen. Dabei sprach das englische Blatt noch ein anderes mutiges Wort aus, das weithin über den Erdball gehört zu werden verdient und das in jeder Pariser Redaktion sowie in der französischen Kammer und im Senat an auffälliger Stelle angebracht werden sollte: „Es ist ein Unglück, daß die Deutschen in Versailles behandelt wurden, wie noch kein besiegtes Volk nach einem Kriege behandelt wurde, und es ist ein Wunder, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung das alles aushält." Auch die Reparationskommission täte gut daran, sich diesen Ausspruch zu merken.

Ja, es ist wirklich ein Wunder, daß das geduldige deutsche Volk alle die Leiden, die durch das unsinnige jetzige Reparationssystem über sein Haupt heraufbeschworen werden, bis jetzt so ruhig auf sich genommen hat, ohne in völlige Verzweiflung und Haltlosigkeit zu geraten. Das ist gewiß ein Beweis dafür, daß trotz mancherlei Entartungserscheinungen im Kerne der Nation noch ein starker sittlicher Wille lebt, der fest entschlossen ist, zu tun, was irgend möglich ist, um den Lasten, die aus der Niederlage im Kriege entspringen, gerecht zu werden. Mein Volk aber kann über die Grenzen seiner Kraft hinaus fronden, und diese Grenze ist für Deutschland längst erreicht. Schon im Dezember 1921, als die Berliner Regierung zum ersten Male erklärte, daß sie die nächstfälligen Zahlungen nicht bewirken könne, mußte es jedem Einsichtigen klar sein, daß damit die Leistungsfähigkeit Deutschlands, soweit Barzahlungen in Betracht kamen, überhaupt erschöpft war. Die Entente aber gab wiederum dem Drucke Frankreichs nach und sann, statt sich ernstlich mit dem Gedanken einer umfassenden Erleichterung der Reparationslast zu beschäftigen, lediglich darüber nach, wie sie aus dem bereits aufs äußerste ausgepowerten Deutschland noch weitere Goldzahlungen herauspressen könnte. So kam denn zunächst der Beschluß von Cannes zustande, der den vorläufigen Zustand der Dekadenzahlungen schuf. Auf Grund dieser Regelung, die ohne jedes Verständnis für die wahre Lage Deutschlands vorgenommen wurde, leistete der in Wahrheit bis zum Weißbluten gepeinigte deutsche Schuldner vom 18. Januar bis zum 18. März 1922 sieben Zahlungen von je 31 Millionen Goldmark. Aller zehn Tage wurde diese Summe pünktlich abgeführt, und dann trat an ihre Stelle auf Grund der Entscheidung der Reparationskommission die „endgültige" Neuordnung, kraft deren folgender Zahlungsplan festgesetzt wurde: 18 Millionen Goldmark am 15. April 1922, je 50 Millionen am 15. Mai, 15. Juni, 15. Juli, 15. August, 15. September und 15. Oktober.

Ablehnung weiterer Verhandlungen mit den Russen im Haag.

Haag, 13. Juli. Die Unterkommission für das private Eigentum hielt heute vormittag eine Sitzung ohne die russische Kommission ab. Dem Vorsitzenden der russischen Kommission wird mitgeteilt werden, die erste nichtrussische Unterkommission habe nach Besprechung der Erklärungen der russischen Abordnung beschlossen, daß mit Rücksicht auf die Erklärung Litwinoffs alle weiteren Sitzungen zwecklos seien und daß die erste Unterkommission in diesem Sinne in der Vollsitzung Bericht erstatten werde. (WTB.)

„Auf dem toten Punkte".

London, 13. Juli. In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhause sagte Lloyd George: Ein offizieller Bericht über einen endgültigen Zusammenbruch der Haager Konferenz liegt noch nicht vor. Jedenfalls ist es Tatsache, daß man auf einem toten Punkt angelangt ist. Ich hoffe, vor den Ferien eine Erklärung über die Haager Konferenz abzugeben. Vielleicht wird es möglich sein, in der übernächsten Woche über die Haager Konferenz, den Sturz der Mark und die Reparationsfrage eine Debatte anzuberaumen. (W. T. B.)

Unverminderter Ernst der inneren Krise.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 13. Juli. Die politische Lage hat sich im Laufe des Tages nicht verändert. Allerdings macht sich in parlamentarischen Kreisen eine ruhigere Beurteilung der Gesamtlage geltend. Namentlich auf das Eingreifen des Reichspräsidenten setzt man starke Hoffnungen. Allerdings verstärkt sich der Eindruck, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien sich mit einer einseitigen Erweiterung der Reichsregierung durch die Unabhängigen allein nicht abfinden werden. Am Abend traten die Vertreter der Mehrheitsparteien zu einer Besprechung über das Gesetz zum Schutze der Republik zusammen, um sich über einige noch strittige Punkte zu einigen. Man hofft für die dritte Lesung eine Einigung zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen und Deutscher Volkspartei zu erzielen und so die erforderliche Mehrheit zu sichern.

Eine **Auflösung des Reichstages** erachteten alle Parteien im gegenwärtigen Zeitpunkt, da die Verhandlungen mit der Reparationskommission schweben und die Gefahr einer weiteren Markentwertung droht, **als geradezu verhängnisvoll.** Es war auch bekannt geworden, daß auf eine Anfrage des Auswärtigen Amtes bei den deutschen Botschaftern übereinstimmend mitgeteilt worden ist, **das Ausland würde eine Auflösung des Reichstages in der gegenwärtigen Zeit für eine verhängnisvolle Katastrophe betrachten.**

Berlin, 13. Juli. Die Rückkehr des Reichspräsidenten ist, wie uns gemeldet wird, auf Sonnabend früh verschoben worden.

Für morgen vormittag ist eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses vorgesehen, in der voraussichtlich die Frage der Regierungsbildung entschieden werden wird.

Austritt der Volkspartei aus der braunschweigischen Koalition.

Braunschweig, 13. Juli. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde das Mißtrauensvotum der Unabhängigen gegen den der Deutschen Volkspartei angehörenden Minister Käfer verhandelt. Der Redner der Unabhängigen kritisierte die Politik der Deutschen Volkspartei und griff dann den Minister Käfer persönlich an, weil dieser Mitglied der Organisation Stahlhelm sei. Er bezweifelte, daß die Regierung zu ernsten Maßnahmen greifen werde, weil eben eins ihrer Mitglieder dieser Organisation angehöre. Die Redner der Deutschen Volkspartei und auch der Demokraten traten für Käfer ein und erklärten, daß er nie versucht habe, irgendeine Regierungsmaßnahme zu durchkreuzen. Minister Rönneburg erklärte dasselbe. **Schließlich sagte Käfer, er wolle, um den Landtag vor einer Abstimmung zu bewahren, im Einverständnis mit seiner Fraktion freiwillig sein Amt niederlegen, und betonte ferner, daß die Deutsche Volkspartei und die ihr angeschlossene Wirtschaftliche Vereinigung aus der Regierungskoalition ausscheiden.** Darauf wurde der Antrag der Unabhängigen zurückgezogen und die Sitzung durch den Präsidenten geschlossen.

SLUB
Wir führen Wissen.